

**Sachstandspapier:**

**Bedarfe und Rahmenbedingungen  
für die Forschung zu häuslicher Gewalt und  
sicherem Wohnen in Leipzig und Sachsen**

Projekt	<b>Aufbau einer interdisziplinären Forschungsstelle zum Themengebiet „Sicheres Wohnen &amp; häusliche Gewalt“ (HOME)</b>
gefördert durch	<b>Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus</b>
Projektleitung	<b>Prof. Dr. Rüdiger Wink</b>
Wiss. Mitarbeiterinnen	<b>Dr. Friederike Frieler M.A. Sarah Otto</b>
Datum	<b>30.09.2023</b>

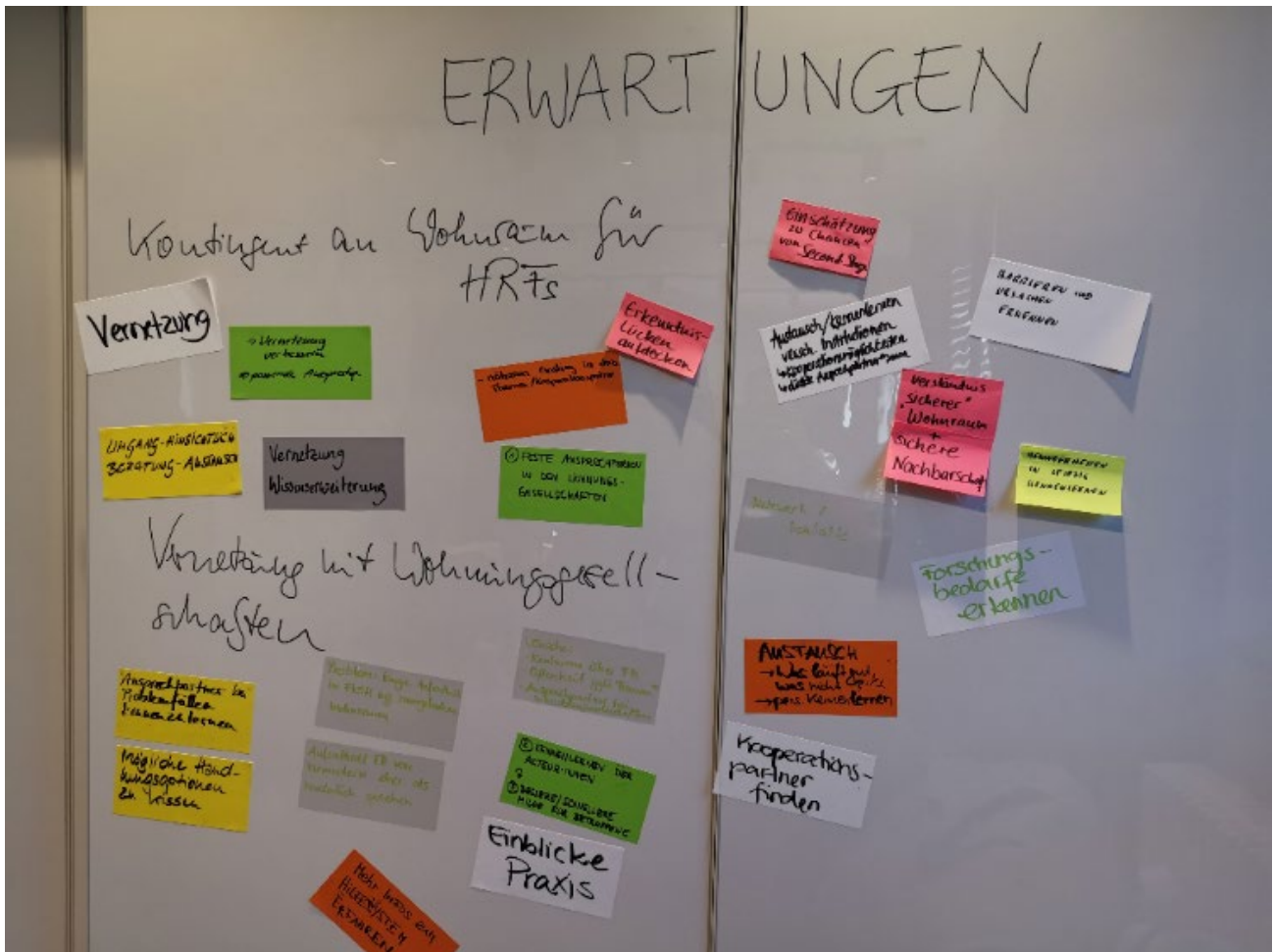


Abbildung: Zwischenergebnis einer Arbeitsphase während des Workshops „Sicheres Wohnen und häusliche Gewalt“, 07.10.2022

Die vorliegende Kurzanalyse beruht auf unseren bisherigen Tätigkeiten im interdisziplinären Forschungsprojekt „Sicheres Wohnen und häusliche Gewalt“ (HOME) an der HTWK Leipzig, insbesondere auf einem Workshop mit Vertreter\_innen der lokalen Frauenhäuser, Wohnungsgebenden, der Opferschutzbeauftragten der Polizei, Wohnungslosenhilfe und des Meldeservice der Stadt Leipzig vom 07.10.2022 zum Thema „Sicheres Wohnen und häusliche Gewalt“. Sie gibt einen Überblick über die aktuellen Bedarfe und Rahmenbedingungen für die Forschung im Themengebiet Häusliche Gewalt mit Fokus auf sicheren Wohnraum für Betroffene in Leipzig und Sachsen.

## Problemstellung

Sich zu Hause sicher fühlen - dieses Grundbedürfnis ist für Frauen und Kinder, die häusliche Gewalt erleben, nicht erfüllt. Um der Gewalt zu entkommen, ist es für die Betroffenen meist notwendig, einen sicheren Ort zu finden oder in eine neue Wohnung zu ziehen. Die Frauenschutzhäuser sind ein, aber längst nicht der einzige Anlaufpunkt. Ein Wohnortwechsel ist mit einer Vielzahl von Schwierigkeiten verbunden, die sich aus dem individuellen Schutz- und Betreuungsbedarf der Betroffenen, der psychischen Verletzlichkeit und Traumatisierung sowie dem begrenzten Zugang zu Ressourcen ergeben können.<sup>1</sup> Zudem stellen strukturelle Probleme wie ein allgemeiner Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Städten, Diskriminierung und Voreingenommenheit gegenüber den Betroffenen ein Hindernis dar und führen zu langen Aufenthalten in Schutzhäusern. Daraus resultieren wiederum hohe Abweisungszahlen wegen Kapazitätsmangels zulasten anderer Betroffener. Die Rückkehr in die Gewaltbeziehung oder versteckte oder offene Wohnungslosigkeit sind nur einige der negativen Folgen für betroffene Frauen.<sup>2</sup>

## Lösungsansätze und Maßnahmen aus der Praxis

In einigen deutschen Bundesländern wie Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder Berlin wurde dieser steigende Bedarf an Übergangsmangement in sicheren Wohnraum und an sozialpädagogischer Begleitung durch diverse Projekte zur Wohnakquise und Nachbetreuung erkannt und durch zusätzliche geförderte Hilfen teilweise aufgefangen. Ein Beispiel dafür sind so genannte Second-Stage-Projekte.<sup>3</sup> Diese arbeiten mit breit gefächerten Maßnahmen, z. B.:

- Eigene Trägerwohnungen, die zum Übergang und mit sozialpädagogischer Begleitung zur Verfügung gestellt werden.
- Sozialarbeiter\_innen, die gewaltbetroffene Frauen direkt in den Wohnungsmarkt vermitteln, z. B. über Anmeldung der Frauen beim Wohnungsamt und bei Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften, vertiefte intensive Suche über Wohnungsportale, eigene Anzeigen und Makler\_innen.
- Aufklärungs-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit zu privaten Vermieter\_innen, Wohnungsgesellschaften, Sozial- und Ordnungsämtern, Wohlfahrtsverbänden und weiteren Akteuren.

---

<sup>1</sup> Vgl. Rosenke, W. (2017): Frauen. In Specht, Thomas et al.: Handbuch der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Entwicklung lokaler Hilfesysteme und lebenslagenbezogener Hilfeansätze. Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Berlin/Düsseldorf, S. 302; Enders-Drägässer, U., Huber, H., & Sellach, B.: Frauen in Wohnungsnot: Hilfen, Bedarfslagen und neue Wege in NRW; Untersuchungsbericht der Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Frauenforschung e.V., Frankfurt am Main, S. 20.

<sup>2</sup> Vgl. Enders-Drägässer, U., Huber, H., & Sellach, B.: Frauen in Wohnungsnot: Hilfen, Bedarfslagen und neue Wege in NRW; Untersuchungsbericht der Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Frauenforschung e.V., Frankfurt am Main, S. 19.

<sup>3</sup> Untersucht und im Rahmen des Workshops vorgestellt wurden dafür ein Projekt des Heidelberger Vereins Frauen helfen Frauen e.V. ([https://www.fhf-heidelberg.de/de/news/2020-11-02\\_rnz\\_fhf\\_second\\_stage.html](https://www.fhf-heidelberg.de/de/news/2020-11-02_rnz_fhf_second_stage.html)) und ein Projekt der AWO, Kreisverband Mittelfranken, in Schwabach (<https://www.awo-mfrs.de/aktuelles/wege-weiter-gehts-nach-dem-aufenthalt-im-frauenhaus>).

- Übergangsmangement zur Wohnungssuche und Umzug und anschließende psychosoziale Beratung und Betreuung im eigenen Wohnraum mit dem Ziel der Stabilisierung, Vernetzung im Wohnumfeld und Anbindung an weitere Hilfen, wenn nötig.

## Aktuelle Situation in Leipzig und Sachsen

**Zum Verhältnis von Stadt und Land:** Faktisch übernehmen Großstädte wie Leipzig die Versorgung für umliegende ländliche Gebiete teilweise mit, zum einen aufgrund mangelnder Hilfsstrukturen im ländlichen Raum, zum anderen ist der urbane Raum für einige Schutzsuchende attraktiver, u. a. aufgrund besserer Anbindung an den ÖPNV, eines größeren sozialen Umfelds und diverser, erreichbarer Betreuungs- und Versorgungsangebote für Kinder. Diese „Mitversorgung“ erfolgt jedoch informell ohne standardisierte Abläufe oder Strukturen zwischen den jeweiligen Hilfs- und Beratungsstellen.

**Wohnsituation im urbanen Raum:** Es mangelt an Wohnraum für Opfer häuslicher Gewalt in Leipzig, z. B. in Form von Gewährleistungswohnungen, Krisenwohnungen zur kurzfristigen Unterbringung in Hochrisiko-Situationen und an regulärem, bezahlbarem Wohnraum als Anschluss oder Alternative zum Frauenhaus. Unterstützungsmöglichkeiten im sozialen Wohnungsbau wie durch das BMWSB<sup>4</sup> empfohlen, sind nicht ausgeschöpft. Kapazitäten zum Aufbau von Kooperationen, die das Ausschöpfen dieser Möglichkeiten und die Unterstützung in der Vermittlung von Wohnraum allgemein zum Ziel haben, sind im Gewaltschutzsystem aktuell nicht vorhanden.

**Übergangsmangement und Nachbetreuung:** Um eine erfolgreiche Transition betroffener Frauen und Familien in den eigenen Wohnraum zu gestalten, bedarf es immer häufiger spezialisierter Unterstützung und Nachbetreuung. Der Mangel an Ressourcen und spezifischer Finanzierung erschwert es Frauenhäusern und Beratungsstellen, diese notwendige Unterstützung zu bieten, was zu verlängerten Aufenthalten und einer Gefährdung der langfristigen Stabilität der betroffenen Frauen führen kann. Insgesamt steht den hohen Fallzahlen in Leipzig zu wenig Personal zur Betreuung gegenüber, insbesondere zur Nachbetreuung in einer eigenen Wohnung.

**Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Konzeption:** Um Bewusstsein für die Bedarfe der betroffenen Frauen bei Wohnungsgebenden zu schaffen, ist effektive Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Die begrenzten Ressourcen beeinträchtigen jedoch die Möglichkeit von Frauenhäusern und Beratungsstellen, ihre Arbeit angemessen zu präsentieren und die Öffentlichkeit sowie Wohnungsgebende zu sensibilisieren. Zudem steht ihnen nur begrenzte Zeit für die Vernetzung und Weiterentwicklung von gemeinsamen Konzepten zur Verfügung.

---

<sup>4</sup> Vgl. Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWBS) (o. D.): *Schutz von Frauen und ihren Kindern vor Gewalt. Unterstützungsmöglichkeiten im sozialen Wohnungsbau.* <https://www.bmwsb.bund.de/Webs/BMWSB/DE/themen/stadt-wohnen/wohnraumfoerderung/frauenhaeuser/frauenhaeuser-artikel.html>

## Forschungsbedarfe

Um die skizzierten, teilweise komplexen Probleme beim Zugang zu sicherem Wohnraum für Opfer häuslicher Gewalt besser verstehen und aus diesem Verständnis heraus im lokalen Kontext zu passgenauen Hilfenkonzepten und Lösungen zu finden, ergeben sich aus dem Kontext des Projekts HOME mehrere Forschungsbedarfe, u. a. zu den folgenden Fragestellungen und Zielen:

- **Informelle Wege und Strategien in sicheren Wohnraum:** Welche Bedeutung haben Selbsthilfe und nachbarschaftliche Netzwerke? Erschließung dieser Potenziale zur Entwicklung von Ansätzen zur Stärkung der Selbsthilfe im Bereich Prävention und Reaktion.
- **Kommunikationsstrukturen innerhalb und zwischen den Kommunen:** Stakeholderanalysen, Analyse der Kommunikationsstrukturen und Zusammenarbeit der Akteure innerhalb der Kommunen sowie kommunenübergreifend. Entwicklung einer Handreichung zur effizienten Zusammenarbeit im Bereich sicheres Wohnen und häusliche Gewalt.
- **Entwicklung von Konzepten für langfristige Unterstützung und Nachbetreuung:** Welche spezifischen Bedarfe haben Frauen und Kinder während der Übergangsphase und in der Nachbetreuung? Entwicklung zielgerichteter Programme und Unterstützungsstrukturen für Sachsen.
- **Umsetzung von Fördermöglichkeiten wie die des BMWSB zur Förderung sicheren Wohnraums für betroffene Frauen und Kinder:** Stakeholderanalyse mit anschließender Ausrichtung von Workshops zur Vernetzung und zum kollaborativen Erstellen eines Aktionsplans zur Umsetzung der Handreichung des BMWSB in Leipzig und Sachsen.
- **Häusliche Gewalt und Mehrfachhemmnisse beim Zugang zu sicherem Wohnraum:** Analyse der Auswirkungen von Mehrfachhemmnissen auf den Wohnungsbedarf und Erfahrungen am Wohnungsmarkt, Identifizierung von Unterstützungsbedarf und Entwicklung bedarfsgerechter Unterstützungsmaßnahmen.

## Rahmenbedingungen für die Forschung

Die Forschungsstelle HOME verfolgt die **strategische Vernetzung** und Weiterentwicklung der Themengebiete ‚Sicheres Wohnen‘ und ‚Häusliche Gewalt‘, um neben Einzelanträgen bei Drittmittelgebern durch gezielte Kooperationen mit nationalen und internationalen Forschungspartnern ein wissenschaftliches Netzwerkprojekt vorzubereiten. Für die erfolgreiche Bearbeitung der Forschungsbedarfe ist die Erfüllung einiger Rahmenbedingungen notwendig:

- **Interdisziplinarität:** Für die Erforschung des Themenkomplexes bedarf es einer interdisziplinären Herangehensweise, die Aspekte aus Psychologie, Sozialarbeit, Wirtschafts-, Kulturwissenschaften und anderen Bereichen berücksichtigt<sup>5</sup>, wie sie an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsingenieurwesen im Rahmen des HOME-Projektes unter Leitung von Prof. Dr. Wink erfolgen kann. Darüber hinaus sollte eine hochschulinterne Vernetzung zur Datenerhebung ermöglicht werden, insbesondere mit der Fakultät Architektur und Sozialwissenschaften an der HTWK Leipzig.
- **Kooperationen:** Die Zusammenarbeit mit Gewaltschutzsystem, Wohnungswirtschaft, lokalen Behörden und anderen relevanten Akteuren ist wichtig, um Zugang zu Daten, Verantwortlichen, Betroffenen und Fachwissen zu erhalten. Die Forschungsstelle ist sowohl lokal mit Wohnungsgebenden und dem Gewaltschutzsystem in Leipzig und durch Kontakte zum ‚Leipziger Netzwerk gegen häusliche Gewalt und Stalking‘ als auch sachsenweit vernetzt. Zudem wurden **(inter-)nationale Vernetzungen u.a. durch die Teilnahme an Konferenzen hergestellt**. Zwischenergebnisse des Projekts wurden u.a. bei den folgenden Konferenzen vorgestellt:
  - DKG 23 - Deutscher Kongress für Geographie (Frankfurt) in zwei Fachsitzungen, 20.09.2023
  - International Conference on Social Work and Social Policy in Times of Global Crises (Skopje), 22.09.2023
- **Praktische Umsetzbarkeit und Langfristigkeit:** Durch solche Kooperationen kann von einer hohen Relevanz und lokalen Umsetzbarkeit der Forschungsergebnisse in Form von Handlungsalternativen ausgegangen werden.<sup>6</sup> Die gemeinsam entwickelten Handlungsansätze sollen durch die Praxispartner\_innen erprobt und etabliert, die bestehenden Netzwerke und Hilfestrukturen im Sozialraum gestärkt und erweitert werden, um eine langfristige auf die Bedürfnisse der Frauen und Kinder in Sachsen maßgeschneiderte Unterstützung zu bewirken. Für Leipzig soll dies im Rahmen eines **Folgeworkshops für Wohnungsgebende** erarbeitet werden. Im Fokus steht dabei die Bedeutung der Wohnungsgebenden bei der Prävention und Intervention von häuslicher Gewalt sowie die partizipative zur Erarbeitung von Ideen, wie Hilfesystem und Wohnungsgebende in Leipzig effektiv zusammenarbeiten könnten. Für die wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung von Unterstützungsprogrammen ist eine Verstetigung der Forschungsstelle notwendig. Für die weitere Finanzierung bedarf es der Förderung durch Drittmittelgeber.

---

<sup>5</sup> Vgl. World Health Organization (WHO) (Hg.) (2002): World report on violence and health. Summary. Geneva. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=3050128>, S. 12-14.

<sup>6</sup> Vgl. von Unger, H. (2014): Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis. Springer Fachmedien, Wiesbaden, S. 46.

## Schlussfolgerungen

Ausgehend von der vorangegangenen Analyse ergibt sich die Frage, welche Ansätze der Unterstützung bei Übergängen in neuen eigenen Wohnraum verfolgt werden können, um ein sicheres Wohnen für Betroffene häuslicher Gewalt in Sachsen zu gewährleisten. Insbesondere Wohnungseigentümer, darunter sowohl nicht-institutionelle Einzeleigentümer als auch Unternehmen mit größeren Wohnungsbeständen, sollten ermutigt werden, sensibler auf die Bedürfnisse von Menschen, die häusliche Gewalt erlebt haben und eine neue, sichere Wohnung benötigen, einzugehen.

Die identifizierten niedrigschwelligen Angebote vor einer Aufnahme im Schutzhaus sowie die speziellen Vermittlungsprogramme für die Zeit nach einem Aufenthalt in einer Schutzeinrichtung wurden von den Workshop-Teilnehmer\_innen als äußerst positiv und bedarfsgerecht bewertet. Insbesondere in Regionen und Städten mit knappem bezahlbarem Wohnraum könnte eine verstärkte Förderung von Kooperationen zwischen Wohnungsgebern, Schutzhäusern und Vermittlungsstellen in Erwägung gezogen werden. Dies würde die Schutzhäuser befähigen, ihre Kapazitäten für akute Notfälle aufrechtzuerhalten und gleichzeitig eine Anschlussunterbringung in sicherem Wohnraum sicherzustellen.

In urbanen und ländlichen Regionen wird die immense Bedeutung sowohl informeller als auch formeller Kommunikation und Zusammenarbeit für die effektive Unterstützung von Betroffenen häuslicher Gewalt klar ersichtlich. Während die Einrichtung von Arbeitskreisen und Netzwerken als hilfreich betrachtet wird, bleibt der Bedarf nach weiterer Vertiefung und Formalisierung bestehen. Hier könnte die Schaffung fester Ansprechpartner in spezifischen Arbeitsbereichen, wie dem Jobcenter oder dem Sozialamt, den effizienten Austausch und die Zusammenarbeit in Betreuung und Wohnungsvermittlung weiter stärken.

Durch gezielte Forschung zu den identifizierten Bedarfen können die vorgeschlagenen Lösungsansätze validiert und mithilfe der Einbindung verschiedener Stakeholder – darunter Betroffene, Fachkräfte und Entscheidungsträger – an die spezifischen Bedarfe und Herausforderungen der Zielgruppe optimal angepasst werden. Dies kann dazu beitragen, sowohl Umsetzbarkeit als auch Effektivität zu verbessern und unterstützt die zielgerichtete Allokation begrenzter Ressourcen auf diejenigen Maßnahmen, die den größten Einfluss auf die Verbesserung der vorliegenden Situation haben. Angesichts der bereits vorhandenen günstigen Rahmenbedingungen – jedoch vorbehaltlich einer ergänzenden Projektfinanzierung – könnte die Forschungsstelle an der HTWK Leipzig zeitnah die Forschungsarbeiten ausweiten und deren Kontinuität sicherstellen, um die angestrebten Ziele rasch umzusetzen.